

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Klaus Riegler

Präsident der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiter Freistadt

**Bilanz 2024 der AK Freistadt:
Mehr als 1,6 Millionen Euro für
Mitglieder erkämpft**

Pressekonferenz

Mittwoch, 5. Februar 2025, 9 Uhr

Arbeiterkammer Freistadt

Die wirtschaftlichen Turbulenzen der vergangenen Monate ließen in der AK Oberösterreich die Telefone und Datenleitungen heiß laufen. Die Zahl der Insolvenzen nahm stark zu. Bisheriger Höhepunkt der Pleitewelle ist die durch Managementversagen verursachte KTM-Insolvenz, von der rund 3.800 Beschäftigte betroffen sind. Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert und kamen zur Beratung. Im Konsumentenschutz der Arbeiterkammer dominierten Anfragen zu Heizkostenabrechnungen, Internetbetrug und angeblichen Besitzstörungen. Insgesamt konnte die AK OÖ für ihre Mitglieder fast 132 Millionen Euro erkämpfen.

In Summe wandten sich im vergangenen Jahr 343.529 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2024 für ihre Mitglieder 131,9 Millionen Euro erkämpfen.

Falsche Pflegegeld-Einstufungen

Zu einem Beratungsschwerpunkt hat sich in den vergangenen Jahren das Thema Pflegegeld entwickelt. Es ist mittlerweile sehr auffällig, dass die Begutachtungen zur Einstufung der Pflegestufe ganz häufig einer Überprüfung nicht standhalten.

Die AK gewinnt nahezu jeden Tag Gerichtsverfahren, in denen eine höhere Einstufung festgestellt wird. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung, wie solche Begutachtungen zustande kommen, die regelmäßig korrigiert werden müssen. Es kann nicht sein, dass laufend falsche Einstufungen erfolgen und die Gerichte angestrengt werden müssen, um angemessene Einstufungen zu erzielen. Auffällige Fehlbegutachtungen müssen auch Sanktionen zur Folge haben.

Heizkosten, Phishing und angebliche Besitzstörungen

In der Konsumentenberatung haben die Anfragen zur Heizkostenabrechnung stark zugenommen. Viele Konsument:innen waren mit hohen Nachforderungen konfrontiert, die zwar korrekt errechnet, aber nicht nachvollziehbar waren. Ebenfalls stark gehäuft haben sich Schadensfälle durch immer raffiniertere Phishing-Methoden sowie Anfragen zu angeblichen Besitzstörungen.

Bildungsberatungen drehen sich häufig um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Finanzierung und Förderung von Bildungsvorhaben.

AK-Direktleistungen an die Mitglieder

Die AK hat auch selbst Geld in die Hand genommen, um den AK-Mitgliedern direkt und unkompliziert zu helfen:

- Mit dem AK-Klassenfahrtsbonus entlastet die AK Oberösterreich ihre Mitglieder bei den Beiträgen für kostenpflichtige Wandertage, Kennenlertage, Skikurse oder Sprachwochen. Es gibt 75 Euro für eintägige oder 150 Euro für mehrtägige Klassenfahrten, einmalig pro Kind für das laufende Schuljahr. Anträge können noch bis 6. Juli 2025 gestellt werden.
- Lehrlingen gewährt die AK den Mobilitätsbonus in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket Netz des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus sollen die jungen Menschen zur häufigeren Öffi-Nutzung motiviert werden.
- Mit dem AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro fördert die AK die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder.
- Mit dem Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining für Mitglieder unter 26 Jahren in Höhe von 100 Euro fördert die AK Oberösterreich die Mobilität junger Menschen.

AK Freistadt half im vergangenen Jahr mehr als 4.800-mal

Aktuell sind im Bezirk Freistadt 28.123 AK-Mitglieder mit Hauptwohnsitz gemeldet. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Freistadt findet großen Anklang bei den Mitgliedern. Das zeigt auch die Statistik. Im Jahr 2024 wandten sich Rat- und Hilfesuchende 4.822-mal an die AK Freistadt: in 3.311 Fällen telefonisch, in 1.163 Fällen persönlich (inklusive 30 Bildungsberatungen) und in 348 Fällen per E-Mail.

Rund 1,6 Millionen Euro für AK-Mitglieder

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss dann bei den Arbeitgebern intervenieren. Außergerichtlich hat die AK Freistadt im Jahr 2024 172.964 Euro an vorenthaltenem Entgelt hereingebracht. Manche Arbeitgeber lassen es aber auf einen Streit vor Gericht ankommen, dort erkämpfte die AK Freistadt im vergangenen Jahr für ihre Mitglieder 60.716 Euro. Insgesamt sind das 233.680 Euro.

Von den insgesamt 87 Arbeitsrechtsfällen stammt mit 75 Fällen und somit 86,2 Prozent die überwiegende Mehrheit aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer:innen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts ist.

Hauptsächliche Gründe waren Differenzen bei der Endabrechnung von beendeten Arbeitsverhältnissen (30), offenes Entgelt bei laufenden Dienstverhältnissen (12) sowie unbegründete Entlassungen (10).

In 77 Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Freistadt im vergangenen Jahr 1.212.261 Euro. Dabei ging es überwiegend um die Themen Pension und Pflegegeld. Zusätzlich wurden 2024 für Arbeitnehmer:innen aus insolventen Betrieben im Bezirk Freistadt 225.441 Euro durchgesetzt. In Summe hat die AK Freistadt im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 1.671.382 Euro erreicht. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

AK kämpft um jeden Euro

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder macht die AK keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beträge handelt. So erkämpfte die AK Freistadt nach einer Intervention etwa einen Betrag von 59 Euro für eine Frau, die bei einer Drogeriekette angestellt ist. Den höchsten Betrag, nämlich 28.934 Euro, erhielt ein Angestellter mittels einer außergerichtlichen Intervention.

Ein Fall aus dem Arbeitsrecht:

Endabrechnung nach beendetem Dienstverhältnis stimmte nicht

Ein Mann aus dem Bezirk Freistadt war einige Jahre als Servicetechniker bei einer Firma beschäftigt. Als der Chef sein Entgelt um 188 Euro monatlich kürzen wollte, wehrte sich der Arbeitnehmer vehement dagegen. Auf Drängen des Arbeitgebers stimmte der 30-Jährige zwei Monate später einer einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu. Als sich der Mann daraufhin bei der AK Freistadt beraten ließ, stellte sich heraus, dass sein Chef die ihm zustehenden Ansprüche bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit dem gekürzten Entgelt ausbezahlt hat. Erst nach einer Intervention der AK Freistadt erklärte sich der Arbeitgeber bereit,

alle Ansprüche ordnungsgemäß abzurechnen und zahlte dem Servicetechniker den Differenzbetrag nach. In Summe machte das 536 Euro aus.

Ein Fall aus dem Sozialrecht:

Pflegestufe 4 statt 2 für Mitglied durchgesetzt

Eine Frau, die überwiegend auf den Gebrauch eines Rollstuhles angewiesen ist, bezog Pflegegeld der Stufe 4. Als die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) den Pflegebedarf der 31-jährigen Mühlviertlerin überprüfte, wurde die Pflegestufe von 4 auf 2 heruntergesetzt. Nachdem sich die Frau in der AK Freistadt beraten ließ, klagte diese gegen den negativen, unrichtigen Bescheid. Mit Erfolg! Die Pflegestufe 4 wurde der 31-Jährigen weitergewährt.

AK Freistadt – Serviceangebot

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 7:30 Uhr bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: während der Öffnungszeiten nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906-4312

Telefonische Beratung: während der Öffnungszeiten unter der Telefonnummer +43 (0)50 6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: jeden zweiten Mittwoch nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906-4312

Kontaktdaten:

4240 Freistadt, Zemannstraße 14

Tel: +43 (0)50/6906-4312

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/freistadt

E-Mail: freistadt@akooe.at